

**Bezugspreise:**  
für Halle monatlich bei zweimonatlicher  
Zahlung 7,50 Mark, vierteljährlich  
22,50 Mark, durch die Post monatlich  
8,25 Mark, vierteljährlich 24,75 Mark.  
Inhaltsverzeichnis, Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
poststellen angenommen. Im  
allgemeinen, Zeitungsverzeichnis unter  
Einschaltung eingetragen. Für  
unveränderte eingegangene Monats-  
preise wird keine Gewähr über-  
nommen. Nachdruck nur mit der  
Quellenangabe, Quelle-Zeitung ge-  
stattet. Ferner der Schriftleitung Nr.  
1140, der 7. Ausgabe-Nr. 1133  
u. 1133, der 8. Ausgabe-Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

# Voelle-Zeitung

52. und 53. Jahrgang.

**Anzeigenpreise:**  
Die 6 gepaltene 34 mm breite Milli-  
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.  
Somit in den 40 Pf. Zeilen  
3000 Zeichen. Sonntags und Feiertagen  
2,50 Mark. Anzeigen nehmen  
an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche  
Anzeigenstellen. Erklärungs-  
sätze: 1. Erklärungsätze 2 mal,  
Sonntags und Feiertagen 1 mal.  
Schriftleitung und Haupt-Ge-  
schäftsstelle: Halle, Neue Drome-  
nade 1a, Dr. Draubachstr. 17.  
Halle-Geschäftsstellen: Große  
Ulrichstr. 51 und Markt 24.  
Verlags-Konto Leipzig Nr. 4009.

Nr. 55.

Halle, Donnerstag den 3. Februar 1921.

Einzelpreis 20 Pf.

## Eine Warnung an die Entente.

### Der Pariser Wahnsinn.

Bei dem Preisempfang nach Schluss der Konferenz prä-  
sidierte Briand das Erreichte in folgender Weise: „Mein  
leitender Gedanke war der, die Schuldbelastung der Allii-  
erten mit dem wirtschaftlichen Aufblühen des Deutschen  
Reiches zu verknüpfen. Man mühte sich aus den leeren  
Formeln heraus. Deutschland wird bezahlen, das sagt sich  
wohl leicht, es ist aber weit schwieriger, es in die Wirklich-  
keit zu übertragen. Es handelt sich darum, ein System zu  
finden, das der Zahlungsfähigkeit Deutschlands Rechnung  
trug und uns gestattete, aus seiner wirtschaftlichen Erholung  
Nutzen zu ziehen. Das sicherste Mittel, die alliierte Schuld-  
forderung an Deutschland mit seiner Erholung zu verbinden,  
war eine Steuer auf seinen Export. Mittels der festen  
Annuitäten wird Deutschland in den ersten zwei Jahren  
zwei Milliarden Goldmark bezahlen. Man darf aber nicht  
vergessen, daß das zum gegenwärtigen Kurs annähernd  
8 Milliarden französischer Franken und nahezu 30 Milliarden  
Papiermark ausmacht, wovon Frankreich 52 Prozent er-  
halten wird. Gleichzeitig lieferte schon im ersten Jahre,  
wenn man die deutschen Exportzölle für 1920, so wie sie  
das unkontrollierbare Berlin herausgegeben hat, die zwölf-  
prozentige Exportsteuer 1200 Millionen Franken ergeben,  
d. h. auf Frankreich würden 624 Millionen entfallen. Nun  
entwird sich aber die deutsche Ausfuhr trotz, und das Er-  
gebnis der Steuer wird ebenso rasch wachsen. Hier haben  
wir eine sichere Einnahmequelle, aus der wir Geld ein-  
sammeln werden, da sie ja durch ausländische Devisen dar-  
gestellt wird. Wird Deutschland reicher, erreicht seine Aus-  
fuhr, was wohl möglich ist, 30 Milliarden, dann haben wir  
einen jährlichen Eingang von 3½ Milliarden an, was  
unabhängig von den festen Annuitäten zu verzeichnen. Uns  
blauen Punkt vorzumachen, wird unmöglich sein dank der  
Kontrolle der Reparationskommission. Deutschland wird  
jeder Steuer einziehen, die Kontrolle aber der Allii-  
erten wird eine absolute sein. In deren Weirückungs-  
fähigkeit ist keine andere Grenze gesetzt als die Gesamtsumme  
der alliierten Schuldforderung, die von der Wieder-  
herstellungskommission festgesetzt werden wird. Die deutschen  
Annuitäten werden einen unmittelbaren Wert haben in  
Ansehung der Bonds, die uns Deutschland zu übergeben  
hat und deren Begebung zwischen England und uns schon  
im Auge gefaßt worden ist. Den Deutschen wird, wie  
das Abkommen ihnen das Recht gibt, verweigert werden, ihre  
Bemerkungen in London vorzubringen. An den Alliierten  
wird es sein, diesen am 28. Februar Rechnung zu tragen  
oder nicht. Im übrigen haben sie bereits die Bedingungen  
geregelt, unter denen sie sich mit den Deutschen treffen  
werden.“

Die Ansprache Lloyd Georges bei dem Empfang der  
Pressevertreter im Hotel Crillon ist in mehr oder minder  
langen Auszügen der deutschen Öffentlichkeit bereits be-  
kannt geworden. Interessant ist daraus nur noch die Fest-  
stellung, daß Lloyd George im Gegensatz zu Briand den Er-  
trag der zwanzigprozentigen Exportsteuer für unbestimmt hält.  
Er wies in seiner Ansprache darauf hin, daß man sogar den  
Fall habe vornehmen müssen, daß die Exportsteuer den Be-  
trag der durch die Reparationskommission festgesetzten deu-  
tschen Gesamtsumme erreichen könnte. In diesem Fall dürfe  
selbstverständlich der Exportsteuertrag den Gesamtsummen-  
trag nicht übersteigen. Das sei ein Sicherheitspostulat für  
Deutschland. Inzwischen werde die Reparationskommission  
ihre Schätzungsarbeit fortsetzen. Sie habe zwar bis zum  
1. Mai Zeit, doch sei es wahrscheinlich, daß sie viel früher  
mit der Festlegung der deutschen Gesamtsumme fertig werde.

### Deutscher Reichstag.

64. Sitzung, Mittwoch, 2. Februar, 1 Uhr nachmittags.  
W. B. Berlin, 2. F. H. Im Regierungsbüro: K. Köp-  
penhagen, 2. F. H. Außenminister Dr. Simons und  
andere Mitglieder des Reichstages.

Der Sitzungssaal und die Tribünen sind stark be-  
setzt.

Präsident Voche eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 30 Min.  
Auf der Tagesordnung steht als erster Gegenstand die  
Besprechung der Erklärung der Regierung

#### Abg. Schiffer (Dem.):

Namens der Zentrums-, der Deutschen Volkspar-  
tei, der Deutschen demokratischen Partei,  
der Bayerischen Volkspartei und des Bayeri-  
schen Bauernbundes habe ich folgende Erklärung  
abgegeben:

Die uns vorgelegten Noten enthalten Zumutungen,  
die weder mit den Bestimmungen des Friedensvertrages, noch  
mit der Ehre und den wirtschaftlichen Lebensbedingungen  
des deutschen Volkes vereinbar sind. (Beifall)

In Schmerz und Empörung, aber auch im vollen Bewußt-  
sein unserer durch den furchtbaren Ernst der Sachlage ge-  
gebenen Verantwortung  
erheben wir stierlich Widerspruch gegen den Mißbrauch  
der Gewalt.

(Beifall) Die Erklärungen des Herrn Reichs-  
ministers der Außenw. billigen wir. (Beifall) In der Ent-  
scheidung über die Aufnahme der von uns  
übernommenen Verpflichtungen im Geiste lokaler Auslegung  
auszuführen. Aus demselben Geist lokaler Auslegung heraus  
legen wir aber Verwahrung ein gegen diejenige Ent-  
scheidung, die offensichtlich gegen den Friedensvertrag  
verstoßen oder die in ihm gezogenen Grenzen zu  
unseren Ungunsten überschreiten. (Sehr richtig.)  
Die Verantwortung dafür, daß durch unsere weitergehende  
Schmäderung auch die Widerstandskraft gegen die von außen  
und innen drohenden Gefahren des Bolschewismus  
geschwächt wird, trifft die Alliierten. (Sehr wahr.)  
Die Vor schläge, die uns von den Alliierten unter Abänderung  
des Vertrages vorgelegt sind, darüber dürfen wir  
keinen Zweifel fassen.

#### Abd. für uns unannehmbar

und nicht geeignet, die Grundlage für Verhandlungen zu  
bilden. Sie würden nicht die Erlösung des deutschen  
Volkes herbeiführen, sondern die wirtschaftlich und finan-  
zielle Verelendung des deutschen Volkes noch tiefen.  
Durch ihre Rückwirkung, die sie in ökonomischer und finan-  
zieller Beziehung auf alle anderen Völker, ausüb-  
en, würden sie auch die in unseren Untergrund ver-  
trocknen. Das deutsche Volk würde als Annehmer und  
Verbraucher aus der Weltwirtschaft auscheiden. Aus dieser  
Lage aber: Wege zu weisen, die die deutsche Leistungsfähigkeit  
nicht vernichtet, ist die Pflicht der deutschen Reichs-  
regierung. Möge es ihr gelingen, auf der Grundlage neuer,  
diesem Gesichtspunkt entsprechenden Vor schläge eine Einigung  
zu erzielen, die die Verdienste der deutschen Arbeiter  
in Gegenwart und Zukunft bedeckt.

Abg. Müller-Franken (Soz.) gab im Auftrage der  
sozialdemokratischen Fraktion eine Erklärung ab,  
in der es u. a. heißt: Die sozialdemokratische Fraktion  
des Reichstages stimmt den Ausführungen des Reichs-  
ministers Dr. Simons über die Unausführbarkeit der Pariser  
Vorschläge zu. (Beifall) Eine deutsche Regierung,  
die bereit wäre, die Vor schläge für ausführbar zu  
erklären, wird nicht existieren. (Beifall) Sie  
würde das Vertrauen weder des Inlandes noch des Aus-  
landes verdienen, denn sie würde sich ein Unmaß an  
Schuld machen. (Beifall) Sehr wahr. Die  
geforderten 42 Jahreszahlungen würden die Leistungsfähigkeit  
des deutschen Volkes um ein Vieles übersteigen.  
(Sehr richtig.) Die Forderung einer zwölfpromen-  
tigen Abgabe von der gesamten Ausfuhr, ebenso wie der auf 42 Jahre  
erzogene Tilgungssatz stehen im Widerspruch zu der im  
Vertrag von Versailles festgelegten in 30 Jahreszahlungen  
bestimmten Summe. Die Ausfuhr abzugeben einen  
Zwang für die ganze Welt, auf dem deutschen Markt steuer  
einzuführen und eine Herabdrückung der Lebenshaltung  
eine Verelendung der deutschen Arbeiter-  
schaft bedeuten. Die geplante Kontrolle der deutschen  
Auslandsanteile und des deutschen Goldsystems würde der  
Wirtschaft, nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt  
eine unerträgliche Zwangsangelegenheit anlegen. (Sehr  
richtig.) Die Sozialdemokraten des Reichstages richten an  
die Arbeiter aller Länder die Anforderung, auf  
das Zustandekommen von Verhandlungen hinzuwirken, die  
unter Berücksichtigung der internationalen gleichen Arbeiter-  
interessen das Wiederherstellungsgesetz praktisch  
für alle Welt heilsamen Lösung entgegenführen. (Beifall)  
Beifall. Die Entsaufnung Deutschlands, heißt es am  
Schlusse der Erklärungen, ist heute schon voll gegeben,  
daß auch für die anderen Völker kein Anlaß mehr besteht,  
die schweren Nütungen weiter zu tragen, die sie jetzt noch  
bedrücken. Nur die allgemeine Entsaufnung wird  
den Frieden der Welt sichern und die Voraussetzungen des  
wahren Völkervertrages schaffen, das Ziel der sozialdemo-  
kratischen Arbeiterfraktion der ganzen Welt ist. (Beifall)  
Beifall bei den Soz.

Abg. Berg (Dn.) teilt als Entsaufnung seiner  
Partei freunde mit: Wir sind durchdrungen von dem ganzen  
Ernst der durch die Note der Entsaufnungsgewalt  
geschaffenen Lage. Für uns gibt es gegenüber diesen Zu-  
mutungen nur ein glattes Unannehmbar. (Beifall.)  
In den Ausführungen des Reichsministers des Aus-  
wärtigen zur Entsaufnungstrategie hätten wir eine  
klare Stellungnahme und einen entscheidenden  
Ton gewünscht. (Beifall) Die No. der Zeit hat uns  
gewonnen, im Interesse der Selbsthaltung die Wieder-  
herstellung der Bestimmungen des Friedensvertrages zu verlangen.  
Auch die Entente hat sich bisher diesen Forderungen an die  
No. nicht ganz verhalten können. Jetzt läßt die Entente  
nicht nur alle Rücksichtnahme auf die No. wegfallen, son-  
dern über die unerhörten darten Entsaufnungsbedingungen

des Verfallens Friedens hinaus mutet sie uns ohne jeden  
Verpflichtungs- und Rechtsgrund weitere Entsaufnungen  
unserer Machtmittel zu. Zu der Frage der Repara-  
tion stimmen wir den Ausführungen des Reichsministers  
des Auswärtigen zu. Die Folgen der Annahme der so-  
genannten Proportionen der Entente wären die dauernde  
Verfallung und Entmündigung des deutschen  
Volkes. Ziel: Vorschläge müssen darum zu rück-  
gefahren werden und dürfen in keine Weise als Grund-  
lagen für die Verhandlungen der Entente herangezogen  
werden. (Beifall) Zustimmung. Die uns angedrohten  
Sanktionen gehen noch über die im Verfallenen Vertrag  
festgesetzten Strafmaßnahmen hinaus. Wir erheben gegen diese  
völlig rechtswidrigen, jedem Rechtsgefühl widersprechenden,  
aus unerzähllichem Verfallenen Willen  
gegen unser Volk erlassenen Vor schläge entschieden und  
stierlichen Einspruch. (Beifall) Will die Entente uns ihre  
Forderungen mit Gewaltmitteln aufzwingen, so gerecht sie  
mit eigenen Händen den Vertrag zertrümmert (mit höherer  
Stimme) und das auch für uns. (Beifall) (Beifall)  
Sehr wahr. Wir sind bereit, hinter jede Regierung uns  
zu stellen, die es willigt ist, diesem neuen unerhörten Verfallenen  
Verfallenen Willen mit unbeugsamer Entschlossenheit entgegen-  
zutreten. (Beifall) Zustimmung (Beifall) Reiter fügt im  
Auftrag seiner Fraktion zur Erklärung noch einige Be-  
merkungen hinzu. Das deutsche Volk will lieber ein Ende  
mit Schreden, als ein Schreden ohne Ende.  
(Beifall) Wenn diese Zustimmung gelten hätte, müßte  
es zum Ausdruck kommen konnte, so ist es heute nicht  
möglich, dürfen wir nicht einmütigen Entschluß des  
Volkes ihre Stimme zu erteilen. Fragen sie wissen, daß  
über die von uns selbst gezogenen Grenzen hinaus ein Be-  
folgen dieser Forderungen nicht in Betracht kommen kann.

Abg. Ledebour (U.S.) protestiert unmaßig gegen die  
Rechte, die die Schuld an allem trage. Die Entsaufnungs-  
forderungen hätten eine gewisse Berechtigung mit Ausnahme  
des Passus über die Luftschiffahrt, soweit hier Wirtschafts-  
angelegenheiten in Frage kommen. Reiter verweist sich  
jedenfalls über die imperialistischen Forderungen der  
Rechten, die eine Entschädigung von 200 Milliarden  
und 150 Milliarden für die Verbündeten bedeuteten, was bei  
dem jetzigen Goldstande also etwas über 500 Milliarden  
Goldmark ausmachen würde. Demgegenüber scheinen die  
Entsaufnungsforderungen verhältnißlos. Das Ziel, die Ausbeutung  
der Arbeiter durch die ausländischen Kapitalisten zu ver-  
meiden, läßt sich nur durch den internationalen Zusammen-  
schluß der Arbeiterkräfte erreichen. Weil wir unsere Arbeit-  
sünder in den Entente-Ländern in den Widerstand gegen die  
imperialistischen Regierungen ihrer Länder unterstützen  
müssen, dürfen wir nicht ein national imperialistisches  
Verfallenen Willen aufzuführen lassen. Die Rechte nützt mit der  
Aufhebung national imperialistischer Politik nur den Entente-  
imperialisten. (Es fällt bei den U.S.)

Abg. Dr. Kemp (Komm.) Die Erklärung der bürger-  
lichen Parteien steht im Widerspruch zu der Erklärung des  
Kabinetts. Mit allen diesen Erklärungen werden sie der  
Entente nicht imponieren. Auch nicht mit der Erklärung  
des Abg. Müller-Franken. Mit ihren jetzigen Mitteln kann  
die Regierung nichts gegen die Entente aus-  
richten. Nur eine Stelle gibt es, die die große Welt-  
wende herbeiführen kann: Es ist die nationale Entente-  
kapitalismus nicht gebugt hat. (Sehr wahr bei den Komm.)  
Die deutsche Regierung hat die große Bedeutung dieser  
Wachstumsphase noch immer nicht erkannt. (Geschloß bei  
den Mehrheitspartei.)

Demit schließt die Besprechung.  
Präsident Voche knüpft daran eine Ansprache, in der  
er ausführt: Mögen die Gegner auf die Worte des Reichs-  
tages hören, damit ihnen und uns die Lasten erspart  
bleiben, die eintreten könnten bei dem Verfallenen  
einer gewaltsamen Durchlegung dieser  
unmöglichen Forderungen. (Beifall) Diese  
Forderungen entziehen die deutsche Nation unwürdig  
bleibt auch bei den größten Organifikationen. Das aber,  
was der Fremde in gereiften Völkern sieht, ist nicht  
das deutsche Volk. Da, wo den 600 Gemeindeführern 400  
sein Volk mehr haben, die die Wälder den hungernden  
Kindern kein Brot mehr geben können, da zeigt sich das  
Geld des deutschen Volkes. Das deutsche Volk hat seine  
wandelnde Stimme erhoben, die sie überhört, so treffen die  
Folgen nicht nur uns, sondern ganz Mitteleuropa und auch  
diejenigen, die sie hervorgerufen haben. (Beifall) Beifall  
im Hause und auf den Tribünen.)

Die Abgeordneten Crippien (U.S.), Dr. Berg (Komm.),  
Abd. Hoffmann (Komm.) und Ledebour (U.S.) erklären  
unter dem lebhaften Widerspruch der Mehrheit, der Präsi-  
dent sei nicht berechtigt gewesen, in die De-  
batte einzugreifen.

Die Abgeordneten Müller-Franken (Soz.) und Trüm-  
born (Zr.) erklären dagegen, der Präsident habe nicht die  
Schlichtungsbefugnis, sondern er habe damit das Recht  
hat, das Volk aus dem Herrn zu befreien. (Beifall)  
und Tribünen werden diese Erklärung mit lauten Beifall  
begleitet. Eine Generalisierung des Abg. Abd. Hoffmann  
wird durch lautes Geschloß.  
Die Beschlüsse der bereits in der Beschlüsse veröffentlichen

Entscheidung des hiesigen Landtages gegen die Entente-  
forderungen wird mit großem Beifall angenommen.  
Zu der dritten Lesung wird der Notetat für 1920  
ohne Debatte genehmigt.

Sodann folgt die zweite Beratung des Reichs-  
haushalts beim Kapitel Wehrministerium.  
Der Titel wird genehmigt mit den dazu gestellten An-  
trägen. Die Reduzierung der Militärgerichtsordnung wird  
gegen die Linke abgelehnt.

Angenommen wird die Anregung, ein Verzeichnis  
der vorhandenen Waffen anzufertigen. — Der  
Militärertrag der Sozialdemokraten wird abgelehnt.

Der Antrag Brünninghaus auf Vernehmung der Haupt-  
zeugen wird mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien  
gegen die Linke angenommen, desgleichen der gleiche Antrag  
auf Erhöhung der Schlüsselzahl des Kapitels 4 auf 22 Mil-  
lionen Mark. — Der unabhängige Antrag auf Streichung  
des Postens für Sportleistungen wird abgelehnt.

Zum Titel Ministerien wird der gemeinsame  
Antrag Brünninghaus auf Vernehmung der Kapitulanten-  
stellen angenommen. Ebenfalls angenommen wird die Ent-  
scheidung Müller-Franken auf Einführung taumännischer  
Bauführung in Wilhelmshaven.

Der kleine Kreuzer wird gegen die Linke und ein-  
zelne Demokraten bemittelt und der Titel genehmigt.  
Das Gesetz über die Übergangsstreitkräfte wird bei  
Zweidrittel-Anwesenheit der Mitglieder mit Zweidrittel-  
Mehrheit angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über die Be-  
triebsabzug und Betriebs-Gewinn- und Verlustrechnung.  
Abg. Giebel (Soz.) begründet den Antrag Müller-  
Franken, wonach auch Kohlsitzungen, Inventuren, Konten-  
rentenkontrollen, Aufzeichnungen, Handelsurkunden und  
Fabrikationslisten den Betriebsräten vorzulegen sind, einen  
Antrag, der bereits im Ausschuss abgelehnt worden ist.

Nachdem Abg. Dr. Wolf (D. Vp.) Bericht über die Aus-  
schussverhandlungen erstattet hat, beantragt Abg. Dr. Wörm-  
ann (U. S.), daß das Verzeichnis des Reichsaufsichtsrats  
mit der Regierung in dieser Frage das größte Mißtrauen  
der Arbeiterschaft hervorgerufen habe. Der Geset-  
zgeber sei daher in seiner Weise ausreichend. Seine  
Partei habe demgemäß einen Abänderungsantrag formuliert,  
der den Wünschen der Arbeitnehmer besser entspreche.  
Abg. Dimmel (Komm.) : Der Gesetzentwurf entspricht  
nicht den Hoffnungen, die auf ihn gesetzt wurden. Es heißt  
den Arbeiter betrügen, wenn man ihm die Möglichkeit vor-  
spiegelt, auf gesetzliche Weise etwas zu erreichen.

Abg. Schenk (Str.) steht auf entgegengesetztem Stand-  
punkt. Bei der Beschränkung der Rechte der Arbeit-  
nehmer werden, wie das der sozialdemokratische und  
unabhängige Antrag begehrt. Der gemeinsame Antrag der  
bürgerlichen Parteien will, daß die Aufnahmeverteilung sich  
auch auf die Unterlagen der Bilanz gründen will, eine Ver-  
pflichtung zur Vorlegung von Bilanzunterlagen aber nicht  
besteht.

Damit schließt die Debatte. Der unabhängige  
Antrag wird gegen die Linke abgelehnt und § 1 in  
der Aufnahmeverteilung angenommen, auch § 2a werden der  
unabhängigen und der sozialdemokratischen Antrag abgelehnt.  
Der bürgerliche Antrag wird einstimmig an-  
genommen. Der Rest des Gesetzes wird nach den Be-  
schlüssen des Ausschusses genehmigt.

Es folgt der Ausschussbericht für die Geschäftsordnung,  
in dem beantragt wird, die Genehmigung zur Straf-  
verfolgung der Abgeordneten Eichen-  
Teuber und Ernst zu verlagern. Das Haus beschließt  
auch in diesem Sinne. Dem Antrag des Geschäftsaus-  
schusses gemäß beschließt das Haus Konstituierung  
eines Ausschusses zur Untersuchung der  
angegebenen Beamten. Der Herr Minister Dr. Hermes  
erklärt sich bereit.

Nächste Sitzung morgen nachmittags 1 Uhr. Wehrge-  
biet, kleinere Vorlagen, Interpellation.  
(Schluß 5 Uhr.)

### Ausführungsbestimmungen zum oberschlesischen Abstammungsreglement.

Die Interalliierte Kommission hat folgenden Kommen-  
tar zu einzelnen Punkten des Abstammungsreglements her-  
ausgegeben:

1. Wohnsitz. Der Wohnsitz einer Person ist der Ort,  
an dem sie ihre dauernde Niederlassung hat, der Ort, mit  
dem das Leben dieser Person verbunden ist, nicht der Ort  
ihres zufälligen Aufenthalts. Sobald die Unterbrechung  
des Aufenthaltes nicht befristet ist von der Abfertigung,  
den Wohnsitz zu wechseln, so kann dies kein Nebenrisiko bilden für  
die Ausübung des Wahlrechtes; es unterbrecht es z. B. zur  
Aufenthaltsdauer den Aufenthalt nicht.

2. Studenten, Schüler und Lehrlinge behalten den  
Wohnsitz, den ihre Eltern inne hatten.

3. Bezüglich des Wohnsitzes der im aktiven Dienst  
Stehenden gelten die Bestimmungen des Artikels 9 des  
Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches. Der Militärdienst,  
ganz gleich in welcher Weise, unterbricht den hängigen  
Wohnsitz nicht. Der Begriff Dienstpflicht soll nicht zu eng-  
herzig behandelt werden. Es ist er anzunehmen auf die  
Mobilisation der Zivilmilitär, die während des Krieges  
in Fabriken gearbeitet haben, die außerhalb des Abstim-  
mungsgebietes liegen.

4. Die Gefangenen behalten den Wohnsitz, den sie im  
Augenblicke ihrer Festnahme hatten.

5. Was die verheirateten Frauen und Kinder anbetrifft,  
so ist ihr Wohnsitz bezüglich des Wohnsitzes geregelt durch  
die Artikel 10 und 11.

6. Abwesenheit infolge der Unruhen: Die Personen,  
in denen infolge der Ereignisse in den Jahren 1919 und 1920,  
in denen die öffentliche Ordnung gestört war, ihren Wohn-  
sitz verlassen hatten, sind durch diese Tatsache nicht zu be-  
trachten, als hätten sie ihren Wohnsitz in Obereschlesien auf-  
gegeben.

In Anwendung der Entscheidung über die Auslegung  
des Reglements Artikel 19 kann jedes Gesetz um Eintra-  
gen in die Stimmlisten drücklich oder telegraphisch ein-  
gerichtet werden. Ein Gesetz auf letzter Art ist durch den  
parlamentarischen Ausschuss anzunehmen, wenn es in einer Voll-  
versammlung in Obereschlesien bis zum 3. Februar 6 Uhr abends  
ankommt. Behingung ist, daß das Datum und die Stunde  
der Ankunft offiziell darin vermerkt wird und daß ein solches  
Legatram durch ein nachfolgendes briefliches Gesetz be-  
stätigt wird. Diese Gesetze müssen dem paritätischen Aus-  
schuss spätestens am 10. Februar abends 6 Uhr vorgelegt  
sein. Auf verschiedene Anfragen bezüglich der Gesetze um  
Eintragung in die Kategorie D. wird von der Interalliierten  
Kommission folgendes erklärt: 1. Falls die Identität  
gewisse ist, kann die Photographie des Wählers den-

jenigen Personen, die als Zeugen rathhaft gemacht worden  
sind, vorgelegt werden. Wenn die Zeugen außerhalb der  
Gemeinde des paritätischen Ausschusses wohnen, sollen sie  
durch den paritätischen Ausschuss ihres Wohnortes befragt  
werden. 2. Wenn Zeugen fehlen, ist von den Wählern ein  
anderer Nachweis über ihre Identität zu verlangen. Die  
Ueberzeugung von offiziellen Schriftstücken neuesten Datums  
im Original oder von beglaubigten Schriftstücken sollen als  
Beweis betrachtet werden, wenn es sich um Schriftstücke  
handelt, die die Identität des Geschwäteten einwandfrei  
nachweisen. 3. Wenn ein Gesetz unvollständig ist, d. h. An-  
gaben über Schriftstücke fehlen, sind diese von dem Wähler  
sofort telegraphisch anzufordern.

### Auslandsverbindungen der Zeppelin- gesellschaft.

In einer Aufschrift von beteiligter Seite wird die Mel-  
dung, daß französische Interessenten eine Verbindung mit  
der Zeppelin-Gesellschaft suchen, bestätigt. Wenn auch ein  
Abkommen bisher nicht abgeschlossen wurde, ein Abkommen  
mit ausländischen Gesellschaften, speziell auch mit solchen der  
benachbarten uns vom Weltemer Treiben Länder, ist  
aber wegen der Bestimmungen des Friedensvertrages und  
seiner Auslegung unbedingt erforderlich, wenn die deutsche  
Luftfahrt nicht lang- und langlos aus der Welt ver-  
schwunden soll. Die einzige Möglichkeit für Deutschland, sich  
eine Mitwirkung und eine führende Rolle im Luftverkehr  
der Zukunft zu erhalten, liegt darin, Anschluß an die  
jenigen Staaten zu gewinnen, die für uns geographisch und  
politisch nicht zu umgehen sind.

### Der deutsche Beamtenbund und die Pariser Beschlüsse.

Der Vorstand des Deutschen Beamten-  
bundes hat in seiner Sitzung am 1. Februar zu der durch  
die Pariser Beschlüsse geschaffenen politischen Lage in fol-  
gender Entschließung Stellung genommen:

In vollkommener Einmütigkeit bringt der Vorstand des  
Deutschen Beamtenbundes zum Ausdruck, daß mit dem ge-  
samten deutschen Volke auch die im Deutschen Beamtenbund  
organisierte Beamtenschaft in einheitlicher Gesinntheit  
hinter dem zu erwartenden Protest der deutschen Regie-  
rung gegen die ungesetzlichen Bestimmungen der Mit-  
tel- und mit seinen unannehmlichen Bestimmungen steht.

Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes vertritt  
die Auffassung, daß mit der Verwirklichung der Pariser Be-  
schlüsse die Wiederanerkennung Europas endgültig verbündet,  
der sichere Tod des deutschen Wirtschaftslebens und die Un-  
möglichkeit der Weiterführung irgendeiner der Volkswirt-  
schaft dienenden Berufstätigkeit heraufbeschworen werden  
würde. Unter dem Vorbehalt dieser Bedingungen würde es auch  
der deutschen Beamtenschaft nicht mehr gelingen, den zur Auf-  
rechterhaltung eines geordneten Staatsbetriebes notwen-  
digen Beamtenapparat intakt zu halten. Der Vorstand des  
Deutschen Beamtenbundes ist daher fest entschlossen, sich unter  
Aufschiebung des letzten seiner Mitglieder — wenn nötig in  
geschlossener Einheitsfront mit allen übrigen deutschen Ar-  
beitnehmern — für den entscheidenden Widerstand gegen die  
Wirtschaftsbedingungen verbündeter Sieger zur Ver-  
fügung zu halten.

### Die Bestimmung der Offsetungen.

Die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspar-  
tei, die Deutsche demokratische Partei und das Zentrum  
haben gemeinschaftlich nachstehendes Telegramm an den  
Reichsminister des Innern und den Reichspräsidenten ge-  
richtet:

Die Aufrechterhaltung der vollen Bestimmung der off-  
setungen ist eine Lebensfrage für unsere Repu-  
blik. Daraus ergibt sich einmütiges Eintreten der Regie-  
rung und des Reichstages für seine Forderungen.

### Reichsjustizminister Dr. Heine über die Aburteilung der Kriegsverbrechen.

Reichsjustizminister Dr. Heine nahm Gelegenheit, sich  
gegenüber dem Berliner Vorkriegsreporter, der „Falter Nach-  
richten“ in folgender Weise über die Aburteilung der Kriegs-  
verbrechen zu äußern: „Ich tue mein Möglichstes, die  
verschobenen Prozesse zum Abschluß zu bringen. Es  
handelt sich dabei zunächst um die sog. „erste Liste“, die  
45 Namen, darunter auch diejenigen höherer Offiziere, ent-  
hält und die uns durch die Entente überreicht wurde. Alle  
diese Fälle liegen jetzt beim Reichsgericht zur Verhandlung.  
Von ihnen sind 13 sofort ausgefallen, da die Betreffenden  
gestorben oder sonst nicht mehr erreichbar sind. Die übrigen  
32 Fälle wurden nach Spa unmittelbar in Angriff ge-  
nommen. Es mußten an die verschiedenen Ententeallianzen  
diesbezügliche Anfragen gerichtet werden, die aber von Ru-  
manien und Serbien überhaupt nicht, von Belgien und  
Frankreich nur zum Teil beantwortet wurden. England  
hat in den meisten Fällen die notwendigen Urteile fällen  
eingelegte Darstellungen überreicht. Die Schwierigkeiten in  
diesem Verfahren sind außerordentlich groß. Wie soll man  
nach 1/2 Jahren den Tatbestand einwandfrei feststellen  
können? Viele Zeugen können nicht vernommen werden;  
die Aussagen der Zeugen aus fremden Ländern lauten  
anders als die der hiesigen. Man kann keine Konfronta-  
tionen vornehmen. Die Schwierigkeiten liegen in der Ma-  
terie selbst, und der beste Beweis hierfür ist die Tatsache,  
daß Frankreich und Belgien ihre Fälle bis heute noch nicht  
erledigt haben. Ich will, daß vor allem ein gerechtes Urteil  
gestiftet werde. Ich habe daher durch Vermittlung des Aus-  
wärtigen Amtes in Brüssel, London und Paris entgegen-  
lassen, daß ein Vertreter des Oberstaatsanwaltes mit den  
örtlichen Juristen über die Befestigung dieser Schwierig-  
keiten verhandeln könnte. London hat sich bereit erklärt,  
einen solchen Vertreter von seinen Juristen empfangen zu  
lassen. Frankreich und Belgien haben bis jetzt noch nicht  
geantwortet. Von dieser ersten Liste muß die sog. große  
Liste unterschieden werden, die etwa 3-4000 Namen umfaßt  
und bei der sich die Entente die Auslieferung vorbehalten  
hat. Diese Fälle werden gleichfalls vom Reichsgericht ver-  
handelt, jedoch hat die Entente diese Liste abgelehnt. Ich  
verhoffe, zum Schluß, daß es mein größtes Glück ist, die  
Frage der Kriegsschuldigen in gerechter Weise zur Lösung  
zu bringen.“

### Deutsches Reich.

Der 5. Reichsausschuss des Reichstages genehmigte den  
Gesetzentwurf über die Entlastung der Gerichte mit einigen  
Änderungen.

## Halle und Umgebung.

### Gesamtsitzung der Handelskammer. Beschl. im Präsidium: Geheimrat Stedner, Vizepräsident. — Bergat Fabian neuer Kammerpräsident.

Die gestrige Gesamtsitzung unserer Handelskammer gestaltete  
sich in ihrem Ausgangspunkt in der Hauptsache für den Mann, der seit  
langen Jahren die Geschicke der Kammer geleitet und mit seinem  
Reichtum an Kenntnissen, mit seinem langjährigen Namen viel  
dazu beigetragen hat, der hiesigen Handelskammer ein beson-  
ders Ansehen in der Handelswelt, bei den Behörden und bei den  
gleichgearteten Interessensvertretungen zu verschaffen: für den bis-  
herigen Präsidenten Herrn Geheimrat Kommerzienrat Dr. Emil  
Stedner. Für die Außenwelt war es eine Ueberzeugung, daß  
beim ersten Punkt der Tagesordnung, bei der Wahl des Vor-  
standes, Geheimrat Stedner den Einfluß seines Rührtriebes be-  
nutzte, um auf sein hohes Alter hin, auf zunehmende  
Kränklichkeit, auf Uebermüdung die persönliche Leitung in  
seiner Firma. Das Alles habe ihn zu dem Entschlusse geführt,  
nachdem er 27 Jahre in der Kammer tätig gewesen, nunmehr  
von dem wichtigsten Amte zu scheiden. Als Nachfolger wurde ein-  
mütig Herr Bergat Fabian zum Präsidenten gewählt. Er  
übernahm das neue Amt mit dem Ausdruck des Dankes für das  
Vertrauen, das ihm die Kammer entgegenbringt. Er werde be-  
müht sein, in demselben Geiste wie der lebende Präsident die  
Geschäfte zu führen. In ausbrechender Mithraura wolle er sei-  
nem Amtes walten. Obwohl die Industrie in den letzten Jahren  
immer größere Bedeutung innerhalb der Handelskammer ge-  
nommen habe, so halte er doch an dem Grundsatz fest, daß die Kammer  
an erster Stelle die Vertretung des Handels sei, und dieser  
Grundsatz lasse sich bei der Neueinteilung der Fachgruppen be-  
wahren. Er hat den stehenden Präsidenten, ihm und der  
Kammer auch ferner großes Interesse zu eigenen und schlug vor,  
in Würdigung der hohen Verdienste, die sich Geheimrat Stedner  
erworben, ihm zum Ehrenpräsidenten der Kammer zu ernennen.  
Der Antrag fand freudige Zustimmung. Ebenso erkannte man  
dann, daß der Ehrenpräsident sich auf bitten der Verammlung  
entschied, die gestrige Besprechung bis zum Ende zu leiten, das  
enge Vertrauensverhältnis, das zwischen dem bisherigen Präsidenten  
mit den Kammermitgliedern von jeher verbindet.

Die Kassenführung soll weiter dem Banquier Reinhold  
Stedner verbleiben. Die Ausschüsse und Sachkommissionen, über  
die Herr Langewieser berichtete, wurden im Wesentlichen  
mitbewahrt. Kommerzienrat St. hat, daß eine Sachver-  
ständigenkommission für das Gewerbe, die sich unter dem  
Vorh. des Herrn Froelich bilden soll, eine neue Sachver-  
ständigenkommission bilden soll, ebenso ein Ausschuss für das  
Fabrikgewerbe unter dem Vorh. des Herrn Heine.

Die Sachverständigenkommissionen und das Sachver-  
ständigenamt wurden nach dem Vorschlag des Herrn Reinhold  
mitbewahrt, ebenso die Vorstände der taumännischen Fortbildungsschulen, worüber  
der Herr Stedner berichtet.

Der Bericht über das Wirtschaftsjahr 1920 wurde von Herrn  
Geheimrat Stedner erstattet.

Auf den umfangreichen Bericht kommen wir im Abendblatt  
zurück.

Über den Beitritt zum mitteldeutschen Wirt-  
schaftsverband referierte Herr 2. Stedner Dr. Hoff-  
mann. Er verbreitete sich über die Verhandlungen, die un-  
langst in Weimar stattgefunden haben. Die Gründung, die für  
unsern Handel ein großer Schritt nach vorne bedeutet, ist  
günstigen Umsatzes begonnen. Auch der Wirtschaftsbereich  
kann schon seinen Beitritt erklären. Die Kosten, die der Handels-  
kammer durch die Mitgliedschaft entstehen, fallen nicht schwer ins Ge-  
wicht. Herr Generaldirektor Hoffmann sprach gleichfalls  
über den neuen Wirtschaftsverband. Desgleichen Herr Stedner  
über die in der in Weimar noch im Gange befindlichen  
Organisation zum ersten Mal mit den amtlichen Interessensver-  
tretungen des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft  
die freien wirtschaftlichen Interessensver-  
tretungen zusammenarbeiten. Es empfiehlt sich, das Verhältnis  
der Handelskammer zu dem Verband zu regeln und zu gestalten und  
aus den Organisationen eine Art Spitzenorganisation bei den  
Kammern zu bilden. Es muß natürlich Bedacht darauf ge-  
nommen werden, daß die Interessen, die die Kammer pflichtgemäß  
wahrzunehmen habe, im Wirtschaftsband in billiger Weise zur  
 Geltung gebracht werden können.

Die Verammlung erklärte sich grundsätzlich mit dem Beitritt  
einverstanden und beschloß, Weiteres dem Vorstand zu überlassen.  
„Wiederanbau der Rechtssicherheit in Han-  
del und Gewerbe“ war der nächste Punkt, über den Herr  
Stedner und Hoffmann das Referat hielt. Die Berliner Handels-  
kammer habe über diese Materie noch ein Bericht herausgegeben.  
Der Bericht von den Gesetzen hat fast nachgelassen. Schuld daran  
tragen neben den durch die Revolution geschaffenen Verhältnissen  
vielleicht Staat und Gesetzgeber. In der Folge der Gesetze finden  
sich selbst die betreffenden Beamten nicht mehr zurecht. Hinzukommt  
die Unklarheit, die durch die Verwirrung der Gesetze entsteht,  
gesch. Vereinfachung der Gesetze, Beringerung ihrer Zahl, zum  
Ende der Gesetze, die den Handel in seiner Bewegungsfreiheit  
hemmen, ist eine dringende Forderung.

Herr Generaldirektor Hoffmann sprach über Gewinn-  
steuer, Kapitalsteuern und die Steuerbelastung in der Zunft-  
industrie. Die der Reform bedürftig, müssen Wege gefunden werden,  
das Interesse des Arbeiters an der Industrie zu heben, in-  
dem man ihn in irgend einer Weise am Gewinn beteiligt. Zahl-  
reiche Vorhänge liegen vor, aber sie sind noch nicht hinreichend  
ausgeleitet. — Desgleichen verhandelt man das Referat über die Be-  
deutung des Flugverkehrs für den Handelsamerbeit  
wegen Zeitmangels auf eine spätere Sitzung.

Schließlich berichtete Herr Bergat Fabian noch über die  
Sitzung der Sachkommission für Bereschwelet und die  
Sitzung des Ausschusses des deutschen Rohstoffes und Handels-  
tages für Beresch. Es hat dort über die Erhöhung des Güter-  
personentarifs sowie über die Vorkaufberechtigung verhandelt.  
Grundsätzlich ist die Notwendigkeit der Erhöhung anerkannt.  
Man habe aber hinsichtlich der Eisenbahntarife eine  
mögliche Senkung verhandelt. Die Sachkommission für den  
Handel hat den Antrag, der Zeitpunkt der Erhöhung solle nicht  
fest. Mithraura werde sie am 1. März in Kraft treten. Hinsichtlich  
der Vorkaufberechtigung ist anzunehmen, daß zwischen Ost-  
preußen und Hannover ein Unterschied gemacht werden solle. —  
Damit schloß die Sitzung.

### Provinzial-Landtags-Tag.

Im Anschluß an die Jubiläumssitzung der Landwirtschaf-  
tkammer fanden sich in Halle aus allen Teilen unserer Provinz die  
Landräute zu einer weitläufigen Tagung zusammen.  
Herr Dr. Sch. (Halle) hielt den einleitenden Vortrag über  
die „Hilfs- und Landräute in der Not des  
Vaterlandes“.

Frau Wibrans, Vorsitzende des Verbandes der Landwirts-  
schaftlichen Hausfrauenvereine führte in einer Eingangsrede aus, daß  
die Landräute ihr Leben als landwirtschaftliche Hausfrauen als  
Bewußtsein aufweisen müssen. Sie müssen die Bedürfnisse der Bür-  
gerinnen ein Beispiel an den Arbeiterfrauen nehmen. Die Män-  
ner legen großen Wert auf die Mitarbeit der Frauen. Die Zu-  
kunft müsse es zeigen, daß wir Frauen auf dem Lande bereit sind,  
mit den Männern Schulter an Schulter zu kämpfen.

Delemonster Halle weit darauf hin, wie wichtig es sei,  
den





